

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 11 · 50. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 16. März 1939

Um die deutsche Sozialversicherung

Solange die deutsche Sozialversicherung besteht, hat diese in den Kreisen studierter Leute aufmerksame Beobachter und Beurteiler gefunden; die Anteilnahme war auch vielfach förderlicher Natur. Es sei z. B. nur an die Tätigkeit der „Sozialen Praxis“ und der ihr nahestehenden Kreise erinnert, innerhalb derer sich ja auch viele studierte und höchst angesehene Personen befanden und noch befinden. Die Arbeiterschaft hat im übrigen die Unterstützung wohlgesinnter Außenstehender in sozialen Angelegenheiten immer gern akzeptiert und sich dabei im Grunde genommen wenig den Kopf darüber zerbrochen, woher diese Unterstützung kam. Allerdings war sie auch sehr oft genötigt, gerade Angriffen aus intellektuellen Kreisen energisch zu begegnen oder eine angebrachte Vorsicht walten zu lassen, wenn es sich um Ansichten handelte, die weniger erkennen ließen, daß sie in der Liebe zur Sozialversicherung und in der Gerechtigkeit ihren Grund hatten, sondern lediglich in einem „Abfinden mit dem Zug der Zeit“. Wir kennen ja alle das Bekannte, trodene und feuchte Auge auch in dieser für die Arbeiterschaft so lebenswichtigen Angelegenheit.

Nicht wenige Professoren an deutschen Hochschulen haben sich aufs eingehendste mit der nationalen und internationalen Sozialversicherung befaßt. Die Arbeiterschaft gedenkt dabei stets in Dankbarkeit auch des Guten, was die sogenannten und in einer gewissen Zeit, an die wir aus politischen und geschichtlichen Gründen nicht näher erinnern wollen, viel und meist zu Unrecht geschmähten „Katheder-Sozialisten“ erstrebten und zum Teil auch erzielt hatten. Vergessen und gern verziehen wird daher auch manche verschobene Idee und konfuse Doktrin, die hier und da unterliefen; maßgebend war stets die von der Arbeiterschaft mit seinem Instinkt erkannte Absicht, daß man nur das Gute

Zu den gegenwärtig besten Kennern der deutschen Sozialversicherung, die auf einem Universitätslehrstuhl sitzen, zählt zweifellos Professor Dr. Molzenhauer in Köln, dessen soziale Ansichten und Thesen vom Manne der rauhen Arbeit und des einfachen Verstandes allerdings nicht immer geteilt werden. Aber einer auf Ueberzeugung beruhenden Beurteilung sozialer Dinge darf man deshalb nicht aus dem Wege gehen, weil sie einem vielleicht „nicht in den Kram passen“; erst durch die Auseinandersetzung mit den berufenen Vertretern der Arbeiterschaft wird sondiert werden können, was dem sozialen Wohle der von der Hand in den Mund lebenden Bevölkerungsschichten frommt. Kürzlich äußerte sich nun Universitätsprofessor Dr. Molzenhauer, der auch dem Reichstage angehört, über die Gliederung der deutschen Sozialversicherung vom grundsätzlichen Standpunkte aus. Er betonte — und darin pflichten wir ihm bei, — daß die deutsche Sozialversicherung auf dem Gedanken der dezentralisierten Organisation beruhe. Für jeden Versicherungszweig seien besondere Versicherungsträger vorgesehen. (Ob diese besonderen Versicherungsträger notwendig und zweckmäßig sind, ist eine hart umstrittene Frage, über die man allerdings auch in der Arbeiterschaft noch nicht einer Meinung ist.) Der Grund für diesen Aufbau liege zunächst in der Anknüpfung an das historisch Gewordene. Als man die Sozialversicherung ins Leben gerufen habe, seien die verschiedenen Arten der Krankenkassen bereits vorhanden gewesen. Die anderen Versicherungszweige und ihre Träger seien erst neu geschaffen worden. Wenn Professor Molzenhauer des weiteren ausführt, daß man unberechtigt der sozialen Gesetzgebung in den achtziger Jahren den Vorwurf der Planlosigkeit und Ueberstürzung gemacht habe, so wird man diese Feststellung und Beurteilung nur gutheißen können, wenn man andererseits auch vom politischen und tatsächlichen Standpunkt aus nicht gleichgültig von dem „großen Werke Bismarcks“ reden

kann, wie das Professor Molzenhauer hinzustellen beliebt. Die Geschichte der industriellen Entwicklung Deutschlands und das Ringen des sogenannten „vierten Standes“ nach Luft und Licht reden denn doch eine andere Sprache, deren Einfluß sich selbst ein Bismarck nicht entziehen konnte, dessen überragender Geist und Achtung vor der Kritik seinerzeit sogar den Satz prägte, daß auch „der Monarch der Kritik bedarf, an deren Stachel er sich zurechtfindet, wenn er den rechten Weg zu verlieren, Gefahr läuft“.

Da gerade von dem „vierten Stande“ die Rede ist, so wird es heute gewiß interessieren, was vor 28 Jahren ein rheinischer Universitätsprofessor, Geheimrat Dr. Diegel, von diesem „vierten Stande“ jagte: „Daß der vierte Stand noch immer großem Beiseite steht — es ist, bei nüchterner Erwägung, nicht zu verwundern. Alle jene Reformen (gemeint ist die soziale Gesetzgebung. D. R.), so notwendig sie auch waren und so segensreich sie gewirkt haben, haben doch den bittersten Kern der Zwietracht zwischen Kapital und Arbeit nicht gespalten, sondern nur einiges von seiner rauhen Schale weggesplittert. Denn dem vierten Stande den Weg zu einer höheren Stufe der sozialen Leiter wieder zu erschließen, ihm das Bewußtsein der Gleichberechtigung, das Herrengefühl, das er sich ersehnt hat statt des Knechtsgefühls, zu erwecken, haben sie nicht vermocht. Und wie man auch künftig auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes noch fortschreite — die Lösung dieses tiefsten Problems wird nicht gelingen; sie liegt außerhalb des Vermögens staatlicher (wie auch kommunaler) Sozialpolitik. Nur die Arbeiterschaft selbst kann sie vollbringen — durch genossenschaftliche Selbsthilfe, vor allem durch Gewerkschaftsvereine.“ Der Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft in diesen 28 Jahren entspricht so ganz dem Gedankengange, den Geheimrat Dr. Diegel, Bonn, damals in so prägnanter Form entwickelte. Die Gewerkschaften sind durch ihre Selbsthilfe in erster Linie die Schrittmacher gewesen im Kampfe um bessere Existenzbedingungen, um sozialen Fortschritt und um die Gleichberechtigung des „vierten Standes“.

Nach Professor Molzenhauer sind die Gründe, die in den achtziger Jahren für die jetzige Organisation der Sozialversicherung gesprochen haben, heute noch anzuerkennen. Die einzelnen Versicherungszweige beruhen nach seiner Beurteilung auf ganz verschiedenen versicherungstechnischen Grundlagen und bedürfen deshalb auch einer anderen Organisation. Die Krankenkassen bedarf örtlicher Einrichtungen, denn die Hilfe muß sofort einfließen. Die Krankenversicherung muß sich den sehr verschiedenen örtlichen Verhältnissen anpassen können. Sie muß auch den Versicherten nahestehen, um un schwer eine geeignete Kontrolle auszuüben. (Gegen eine Kontrolle ist an und für sich nichts einzuwenden, aber wir müssen uns dagegen wehren, daß man diese Kontrolle anders aufzuziehen für notwendig erachtet, als man sie für andere Stände für gut befindet, und daß die unentbehrliche Kontrolle nicht, wie es vielfach geschieht, schikanenhaft ausartet und mit dem Ehrgefühl des erwerbsunfähig erkrankten Arbeiters oder der Arbeiterin Schindluder getrieben wird. Hierzu zählt auch die noch vielfach anzutreffende zweit- und drittklassige Behandlung der Rassenmitglieder durch Ärzte usw.)

In statistischer Hinsicht führte Professor Dr. Molzenhauer aus, daß jährlich über 7 Millionen Versicherungsfälle in der Krankenversicherung zu verzeichnen seien, auf hundert Personen kämen im Durchschnitt etwas über 40 Krankheitsfälle. Dabei sei in der Krankenversicherung schon in verhältnismäßig kleinem Kreise ein Ausgleich der Wagnisse, der Risiken möglich und die Technik einfach. Anders liege es in der Unfall-, Invaliden- und Sinterblie-

benen-Versicherung. Hier handele es sich um verhältnismäßig wenige Versicherungsfälle, die aber lang andauernde Leistungen, nämlich Renten, verursachten. Hier müsse das Schwerk Gewicht in Versicherungsträgern liegen, die sich über weite Gebiete erstreckten. Daß man für die Arbeitslosenversicherung eine besondere Organisation geschaffen habe, sei in der engen Verbindung dieser Versicherung mit dem Arbeitsnachweis begründet. Die Aufgaben des Arbeitsnachweises könnten von keinem der bisherigen Träger der Sozialversicherung, die für ganz andere Zwecke geschaffen seien, übernommen werden.

Wir betonen noch einmal, daß der Arbeiter es mit Dank und Genugtuung begrüßt, wenn intellektuelle Kreise sich seiner Not und seiner sozialen Wünsche annehmen und mit innerlicher Ueberzeugung bereit sind, dem sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft auch fernerhin die Wege zu ebnen. Manchesterium und kaltnasiger Herrenstandpunkt müssen ein für allemal der Geschichte angehören. Was sich die Arbeiterschaft, besonders auf sozialpolitischem Gebiete, erstritten und gesichert hat, darf nie und nimmer verlorengehen. Heute ist glücklicherweise einigermaßen das erreicht, was der vorhin erwähnte Geheimrat Professor Dr. Diegel (Nationalökonom) vor 28 Jahren den Mut hatte — ja, damals bei einer sehr feierlichen Gelegenheit, den Mut hatte —, als These aufzustellen: „Wie einst die Fürsten, so verkünden jetzt die Großunternehmer, daß sie „Herren im Hause“ bleiben, sich nicht durch Verhandlungen binden, kein „Blatt Papier“ zwischen sich und ihren Untertanen dulden wollen. Wie aber der Widerstand jener, so wird der Widerstand dieser schließlich gebrochen werden. Dank der immer steigenden sozialen Potenz der Arbeiterverbände wird die Forderung: Teilung der Gewalt auch auf sozialem Gebiete, verwirklicht werden.“ Aufgabe der Arbeiterschaft muß es sein, daß diese These des rheinischen Gelehrten immer mehr in die Wirklichkeit umgesetzt wird, bis die volle Gleichberechtigung des Arbeiterstandes ein unantastbares Gut geworden ist. Es gilt, die Dichtermorte (Schiller: Demetrius I. 1) endgültig außer Kurs zu setzen:

Hat der Bettler eine Freiheit, eine Wahl?
Er muß dem Mächt'gen, der ihn bezahlt,
Für Brot und Stiefeln seine Stimme verkaufen.
R. S.

Lohnpolitik und Wirtschaftskrise

In der letzten Zeit wird von verschiedenen Seiten ein besonders düsteres Bild unserer Wirtschaftslage und ihrer Ursachen gemalt. Wenn auch die Darstellung, die der Reparationsagent kürzlich über die Lage der deutschen Wirtschaft gab, zu optimistisch ist, so ist es doch andererseits falsch, in Schwarzmalerei zu verfallen und die öffentliche Meinung zu verwirren. So z. B. hat vor wenigen Wochen Dr. Stolper im „Deutschen Volkswirt“ von der hohen Arbeitslosenziffer ausgehend ein „Tempo des Verfalls“ der deutschen Wirtschaft hergeleitet. Wenn er weiterhin zu dem Schlusse kommt, daß einer der Hauptgründe hierfür „die Lohnhöhungen ohne Rücksicht auf die Kapitalnot“ seien, so kann diese Ansicht eines bekannten Wirtschaftskritikers nicht unwidersprochen bleiben. Haben wir bisher tatsächlich, wie Stolper meint, „eine Lohnpolitik, die die Arbeiterschaft begünstigen will und ihr letzten Endes das Brot raubt“, getrieben?

Zunächst ist es falsch, an der Arbeitslosenziffer allein die Wirtschaftslage zu messen und darüber in tiefen Pessimismus zu verfallen. Wahrscheinlich ist die Beschäftigtenziffer, auf die es in erster Linie ankommt, heute bedeutend größer als vor dem Kriege. Stolper sagt aber selbst, daß der ungewöhnlich harte Winter den Abbruch vieler Arbeiten verursacht und die Arbeitslosigkeit überproportional vergrößert habe. Sodann bestätigen die in dem gleichen Heft des „Volkswirt“ wiedergegebenen Wirtschaftszahlen den Verfall der deutschen Wirtschaft nicht. Die Differenz

Konkurse oder die Zahl der Geschäftsaufsichten und der Wechselproteste bewegt sich z. B. noch immer in normalen Bahnen. Der elektrische Stromverbrauch, der Postfachumsatz, die Wagengestellung der Reichsbahn sind ebenfalls noch keineswegs katastrophal verändert. Gerade im gegenwärtigen Augenblick ist es besonders schwer zu sagen, wie weit die jetzige Wirtschaftslage saisonmäßig und wie weit sie konjunkturell bedingt ist, da durch die abnorme Kältemelle diese Gewerbe, die sonst weiter arbeiten, zum Stillliegen gezwungen worden sind.

Soweit nun tatsächlich eine Konjunkturverschlechterung vorherrscht, wie steht es da um die Wohnpolitik, die nach Stolper ein Hauptgrund für die Krise ist? Bekanntlich sind die Ursachen der Wirtschaftskrise auch heute noch ein wenig unbekanntes Gebiet der Volkswirtschaft, über das sich die besten Gelehrten seit Jahrzehnten ihre Gedanken machen. Man weiß nur so viel, daß das zu beobachtende Auf und Ab im Wirtschaftsleben für die kapitalistische Wirtschaft charakteristisch ist und wahrscheinlich mit der Unternehmerfunktion und Unternehmungslust selbst zusammenhängt. Diese Unternehmungslust hat aber in Deutschland bisher auch der ziemlich hohe Zinsfuß nicht einzudämmen vermocht.

Stolper meint nun, daß die Wohnpolitik die Kapitalnot verschärft habe, und daß eine Wirtschaft mit unzureichender innerer Kapitalbildung, der auch der ausländische Kapitalstrom nicht mehr zufließen, nicht mehr bestehen könne und einschrumpfen müsse. Abgesehen davon, daß die Kapitalbildung in Deutschland von Jahr zu Jahr gestiegen ist, ist demgegenüber auch darauf hinzuweisen, daß ein großer Kapitalbedarf wirtschaftlich durchaus kein ungünstiges Zeichen ist, sondern ein Beweis dafür, daß viele deutsche Unternehmungen für das gebildete Kapital eine Verwendung haben, die so produktiv ist, daß der hohe Zinsfuß herausgewirtschaftet werden kann. Durch nichts ist bewiesen, daß die Wohnpolitik die Kapitalnot verursacht, und daß beide die Krise heraufbeschworen haben. Es ist vielmehr die in der Hochkonjunktur übersteigende Unternehmungslust selbst, die zu einem ungleichmäßigen Wachstum der verschiedenen Wirtschaftszweige und somit auch hier und da zu mangelnder Rentabilität geführt hat. Wie die Konkurrenzverhältnisse ausweisen, scheinen allerdings diesmal die Kapitalinvestitionen bedeutend vorsichtiger vorgenommen worden zu sein als etwa in den Jahren nach der Inflation, wenn auch zurzeit noch nicht ganz zu übersehen ist, wie weit wir diesmal infolge fallender Anlage in eine Krise geraten sind.

Uns scheint es wertvoller, statt die Wohnpolitik für die Krise verantwortlich zu machen, darüber nachzudenken, wie wir durch eine planmäßige Konjunkturpolitik Krisen mildern können. Z. B. ist die aktive Wohnpolitik in der Krisenzeit zweifellos ein krisenmilderndes Mittel, denn sie schafft wenigstens einen großen Markt. So hat das Reichsarbeitsministerium, wie es in der Jubiläumsschrift sagt, während der Wirtschaftskrise 1926 aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus durch mögliches Festhalten des Tariflohnstandes einen gewissen Inlandsabsatz sicherzustellen und damit einer noch weiteren Zuspitzung der Krise vorzubeugen versucht. Dabei ist hier durchaus nicht an das von Stolper als „Sulgarökonomie“ bezeichnete „Kaufkraftargument“ gedacht, sondern lediglich auf die Tatsache hingewiesen, daß eine zu einem großen Teil bestehenbleibende Nachfrage viele Unternehmungen zum Durchhalten der Krise befähigen kann.

Man kann also weder direkt noch indirekt von einer Beziehung zwischen der Wohnpolitik und der „Wirtschaftskrise“ sprechen, ja man darf überhaupt noch nicht von einem Wirtschaftskrisenfall sprechen, wenn das Ausmaß der Konjunkturverschlechterung noch unbekannt ist. Es ist dringend zu wünschen, daß so wichtige Sachverhalte wirtschaftlicher Zusammenhänge vorrichtiger formuliert und abgelesen werden.

Die Unternehmer gegen Lohn erhöhungen

Der Deutsche Handelsdienst der Telemun verbreitet folgende Meldung:

„Vor einer neuen Lohnwelle in Deutschland?“

Am 1. April 1929 gelangen nicht weniger als 27 Tarifverträge für insgesamt 2,5 Millionen Arbeitnehmer zum Ablauf. Während sich die Tarifverträge des Jahres in der Hauptsache auf gewisse Reichsindustrie und einige Bezirke der jüdischen Reichsindustrie erstreckten, handelt es sich im Februar vornehmlich um die Holzindustrie, Textilindustrie, Sägewerke usw. Zahlenmäßig am umfangreichsten sind die im März ablaufenden Tarife gewesen, die sich auf 1,2 Verträge mit 2,16 Millionen Arbeitnehmern beziehen. D. h. auf über ein Drittel der tariflich erfaßten Arbeitnehmer. Davon werden der Ruhrbergbau, das Baugewerbe, die Metallindustrie, die chemische Industrie, kommunale Betriebe, das Verkehrsgewerbe usw. erfaßt. Eine große Anzahl der abgelaufenen und noch vor dem Ablauf stehenden Tarife ist bereits

gekündigt worden. Die gestellten Forderungen sind teilweise recht hoch. Verschiedentlich sind die Forderungen im einzelnen noch nicht formuliert. Man muß jedenfalls für diesen und den nächsten Monat mit einer neuen Lohnwelle rechnen, obwohl die Wirtschaft trotz ständig noch sinkender Konjunktur schon ohnehin über eine zu große Belastung an feststehenden Selbstkosten klagt.“

Dazu schreibt „Der Deutsche“:

„Der Handelsdienst der T.-U. legte kürzlich Wert darauf, an dieser Stelle zu betonen, daß er sich der Objektivität befleißige. Vorstehende Meldung läßt aber diesen Schluss kaum zu. Warum wird nicht angegeben, wieviel von den Tarifverträgen seitens der Arbeitgeber oder gekündigt worden sind? Ist es Aufgabe des D.H.D., darüber zu entscheiden, ob die Forderungen teilweise recht hoch sind? Stellt er die „sinkende Wirtschaftskonjunktur“ fest — und „die zu große Belastung“ an feststehenden Selbstkosten? Oder handelt es sich hier um Unternehmerfeststellungen? Das ist sicher der Fall. Warum wird diese Meldung nicht als Unternehmerrmeldung gekennzeichnet, wenn man Wert darauf legt, als objektive Nachrichtenquelle gewertet zu werden? Wir wollen vorerst mit einer guten Portion gedankenloser Schemaarbeit rechnen.“

Was soll im übrigen das Gerede von der „neuen Lohnwelle“? Haben die Arbeitgeber wirklich die Absicht, so hohe Lohn erhöhungen zu gewähren, daß man von einer Lohnwelle schreiben kann, wo die Verhandlungen nicht einmal begonnen haben? Oder will man, wie wir annehmen, Stimmung für neue Preiswellen machen?“

Auch von anderer Seite setzt der Kampf gegen die Lohnwünsche der Arbeiter ein. Die Deutsche Volkspartei hat es besonders auf die Bauarbeiterlöhne abgesehen. Sie hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Das Staatsministerium wird ersucht, durch Einwirkung auf die in Frage kommenden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie auf das Reichsversicherungsamt, daß der Baukostenindex nicht durch weitere Erhöhungen der Bauarbeiterlöhne abermals in die Höhe getrieben wird.“

Es ist immerhin erstaunlich, daß gerade die Partei, die sonst jeden Eingriff des Staates in die Wirtschaft ablehnt, den Weg zum Staat findet, wenn es sich um das Unternehmerinteresse handelt. Aber der Profit geht über alle Grundzüge. Deshalb beantragt die Deutsche Volkspartei nicht ein Einwirken des Staates auf die Baukostenpreise? Sind die Löhne wirklich von so entscheidender Bedeutung für die Höhe der Baukosten? Wir haben bereits einmal festgestellt („Baugewerkschaft“ Nr. 44 vom 30. Oktober 1927), daß die Bewegung der Baukosten fast unabhängig von der Bewegung der Löhne vor sich geht. Im Jahre 1926 gingen beispielsweise die Bauarbeiterlöhne zurück. Trotzdem zeigten die Baukosten eine starke Steigerung. Ursache waren die hohen Baukostenpreise. Die „Bauwelt“ (Heft 3/1927) meinte im gleichen Jahre, daß die Baukosten sehr wohl einen stärkeren Anstieg der Löhne vertragen und dabei sogar noch sinken könnten, wenn eine Produktivitätssteigerung erfolge. Die persönliche Leistung der Bauarbeiter ist in den letzten Jahren nachweislich ganz erheblich gestiegen. Wir haben nicht die Beobachtung gemacht, daß das Unternehmertum daraus Schlüsse gezogen hätte. Das Bauen kann zweifellos noch verbilligt werden durch bessere Planung und durch rationellere Arbeitsmethoden, durch billigere Baustoffe und durch billigere Baugelder. Alle diese Fragen scheinen für die Deutsche Volkspartei nicht zu bestehen. Sie geht den für das Unternehmertum bequemeren Weg des Lohn drucks. Sie kann allerdings verächtlich sein, daß die Bauarbeiterlöhne diesen Weg nicht mitgehen wird.

Allgemeine Rundschau

Dr. Carl Sonnenschein tot

Geistlos vernahmen wir diese Kunde. Noch im Sommer weihte Dr. Sonnenschein unter uns auf dem Danziger Verbandstag und sprach zu uns über die sittliche Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit, führte uns durch die Geschichte der nordischen Gotik. Er war damals schon krank, aber niemand dachte daran, daß er uns so schnell entzissen werden sollte. Ein Aufenthalt in der Schweiz, von dem er Heilung seines Leidens erwartete, kam zu spät. Die unermüdliche Tätigkeit als Seelsorger — das war er in einem ganz großen Sinne — hatte seine Gesundheit schon zu tief untergraben.

Dr. Carl Sonnenschein war Seelsorger der Großstadt. Er besaß keine Pfarrstelle, aber er war überall tätig, wo es galt, um Glauben irre werdenden Menschen helfend zur Seite zu stehen. Jamtten der heidnischen Weltanschauung richtete er das Banner der christlichen Heilsbotschaft auf, ein moderner Apostel. Seine Aufgabe war es, den modernen Großstadtmenschen die Bedeutung der unergänglichen Wahrheiten des Evangeliums auch für unsere Zeit zu zeigen.

Ueber die rein seelsorgliche Arbeit hinaus war Dr. Sonnenschein ein allzeit hilfsbereiter Mensch. Er sorgte für Hilfe in allen nur möglichen Fällen, soweit

seine Mittel reichten. Er verschaffte Stellen, er sorgte für Brot, Kleidung, Wohnung. Tief lebte in ihm die Ueberzeugung, daß man den Menschen erst zu den notwendigen Lebensbedingungen verhelfen müsse, ehe man ihnen den Defalog predigen könne.

Aus dieser Ueberzeugung wuchs auch sein starkes und warmes Interesse für die Gewerkschaftsbewegung, der er allerdings schon aus seiner Vergangenheit nahestand — er war Arbeiterkind und später durch die München-Gladbacher Schule gegangen. Er war fern von dem Ehrgeiz, bestimmenden Einfluß auf die Arbeiterbewegung gewinnen zu wollen, deren Wert er gerade in ihrer vollen Selbständigkeit und Unabhängigkeit sah. Aber wenn man ihn um seinen Rat und seine Mithilfe bat, war er stets zur Stelle. Dankbar gedenken vor allem wir Bauarbeiter der Vorträge, die Dr. Sonnenschein auf unseren Verbandstagen 1911 in München und 1928 in Danzig gehalten hat.

Dr. Carl Sonnenschein bleibt, insbesondere für Berlin, ein unvergeßlicher und, wir fürchten fast, unerfetzlicher Mensch. Alle Arbeit, die von ihm und seinem Kreis ausging, war letzten Endes sein persönliches Werk. Wie alle starken Persönlichkeiten hat er keine Fortführer seines Werkes herangebildet. Die Fülle seiner Arbeit ließ ihm dazu keine Zeit. Aber hoffen wir trotzdem, daß sein Geist in dem von ihm geschaffenen Kreis lebendig bleibe als treibende Kraft eines starken tatkräftigen Christentums, das in der Zeit lebend die Zeit christlich neugestalten soll.

Kirche und Arbeit

Mit Rücksicht auf die große Not erwerbsloser kinderreicher Familienväter hat der badische Evang. Oberkirchenrat folgenden Erlaß an die nachgeordneten Dienststellen herausgegeben, der, wenn auch seine Auswirkung mit Rücksicht auf die große Zahl der arbeitenden Familienväter nur gering sein kann, doch als Appell an das soziale Verantwortungsbewußtsein und als neuer Tatbeweis des sozialen Willens zu gelten hat.

„Bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit, die bei dem voraussichtlich lange dauernden strengen Winter sich vermutlich noch steigern wird, scheint es mir Pflicht, sich der besonderen Not der kinderreichen Familien zu erinnern.“

Ich ersuche daher, dafür besorgt zu sein, daß bei Einstellungen von Aushilfskräften für den dortigen Dienstbereich in erster Reihe kinderreiche Familienväter oder sonstige Erwerbslose aus kinder geeigneten Familien, wo sie sich für die zu versehende Stelle eignen, eingestellt werden.“

Weiter hatte anlässlich der Reichsunfallverhütungswoge der Evang. Oberkirchenrat die Pfarrer zur Mitarbeit veranlaßt, mit dem Hinweis, daß die Pflicht, nicht nur Egoismus und Rücksichtslosigkeit, Leichtsinn und Sorglosigkeit Leben und Gesundheit der eigenen Person und gar noch der Mitmenschen zu gefährden, nicht nur eine Frage der materiellen Nützlichkeitsermägung, sondern eine Forderung der sittlichen Verantwortung sei.

Umwandlung der Sozialversicherung in eine Sparkasse?

Es ist verständlich, daß einzelnen Mitgliedern der „Wirtschaftspartei“ die Sozialversicherung ein Dorn im Auge ist. Da sie dieselbe nicht ohne weiteres abschaffen können, versuchen sie, wenigstens ihren Stimm anzubiegen. So brachten sie in den letzten Tagen im Preussischen Landtag (der notabene gar nicht zuständig ist) einen Antrag ein, der dahin geht, eine Kommission zusammenzubringen aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, aus Medizinern, Versicherungssachleuten und Sozialpolitikern, die Vorschläge für eine grundlegende Umgestaltung der Sozialversicherung auszuarbeiten habe mit dem Endziel, einen möglichst weitgehenden Ersatz der Renten durch Bildung von Eigenkapital für den Versicherungspflichtigen zu schaffen. Uns dünkt, daß bei solcher ebenso weitgehenden wie einfachen Zielsetzung die Schaffung einer Kommission völlig überflüssig ist. Da soll man doch rundweg die Auflösung der Sozialversicherung und die Verweisung der Sozialversicherten an die Sparkasse verlangen. Der Antrag beweist, wie wenig die Wirtschaftspartei den Sinn der Sozialversicherung begreift, die auf dem Prinzip des „Einer für alle und alle für einen“ aufgebaut ist. In diesem Grundgesetz rütteln, heißt sie zerlegen. Ueber ihre bessere Ausgestaltung, rationellere Betriebsführung, Zusammenlegung läßt sich diskutieren, nicht aber über ihre „grundlegende Umgestaltung“.

Der Fuchs im Esen

Unsere Sozialdemokraten haben in der Schule der hohen Diplomatie manches gelernt. Sie wollen gerne regieren, gleichzeitig aber auch an Agitationsversprechungen ihren kommunistischen Brüdern nichts nachgeben. Das machen sie dann so, daß sie als Regierungspartei die unmöglichsten Anträge stellen, von denen sie genau wissen, daß ihre Minister sie einfach nicht durchführen können. Da sie zudem auch wissen, daß die bürgerlichen Parteien, auch wenn sie nicht in der Regierung sitzen, mehr Verantwortung haben als sie selber, überlassen sie die Verantwortung ihren Ministern das Regieren möglich zu machen, den anderen. Das nennt man im gewöhnlichen Leben unehrlich und verlogen. Dabei sind sie aber in einer der letzten Sitzungen des Reichstages so gründlich hereingefallen, daß ihnen selber die Spude wegblieb.

Sie hatten wieder einmal die Erwerbslosennot dazu mißbraucht, um ihr Schicksal ins Trockene zu

bringen. Sie brachten nämlich im Reichstag den Antrag ein, die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszu dehnen, die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung auf 52 Wochen zu verlängern und die Bezugsdauer der Krisenunterstützung für Erwerbslose über 40 Jahre auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszu dehnen. Daß eine so weitgehende Unterstützungsverlängerung im Augenblick einfach unmöglich ist, darüber war sich die sozialdemokratische Regierungspartei vollständig klar. Aber sie wußte ja, die anderen taten ihr schon den Gefallen, die Karre ins richtige Geleise zu schieben. Dabei konnten sie dann so nebenbei ganz weidlich die „Anzulänglichkeiten“ derer „anprangern“, die ihren erwerbslosenfreundlichen Antrag „zu Fall brachten“. Diesmal aber kam's anders. Das Zentrum erklärte sich für den Antrag, und nun befamen es die Großredner knüppelnd mit der Angst zu tun. Schleunigst zogen sie ihren Antrag zurück, und als später die Kommunisten den Antrag wieder aufnahmen, stimmten die Sozialdemokraten dagegen. So kann es kommen, wenn man so tut, als ob man nicht regiert, den ändern die unangenehmen Brocken hinschmeißt und dann nachher doch regieren muß. Die Blamage ist von einer geradezu unwiderstehlichen Komik, wie sie halt nur Leuten passieren kann, denen das Großsprechen zur zweiten Natur geworden ist. Die Hoffnung, daß der Vereinfachung der Gesinnung der Sozialdemokraten nach der Richtung der Unständigkeit hin ändern wird, dürfte aber vergeblich sein. Niemand kann aus seiner Haut heraus.

Umfang der Sonderfürsorge

Zweck der Sonderfürsorge für berufsunfähig Arbeitslose war, eine finanzielle Entlastung der Reichs anstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung herbeizuführen. Wie stark diese Entlastung — zum Schaden der Bauarbeiter — war, geht aus den letzten Wochenberichten der einzelnen Landesarbeitsämter hervor. Daraus ist zu entnehmen, daß zwischen 45 und 54 Prozent aller Arbeitslosen unter die Sonderfürsorge fallen. So entfielen z. B. im Bezirk des Landesarbeitsamts Westfalen 45,7 Prozent der Hauptunterstützungsempfänger auf die berufsunfähige Arbeitslosigkeit, im Bezirk des Landesarbeitsamts Rheinland gar 54 Prozent. Die jahresübliche Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahre, wenn man den entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres gleich 100 setzt, auf 175 angestiegen. Jedoch vom Arbeitsmarkt aus gesehen, ist diese Steigerung weniger gefährlich, weil die berufsunfähige Arbeitslosigkeit die Straft zu ihrer Ueberwindung in sich trägt.

Alle unter die Sonderfürsorge fallenden Unterstützungsempfänger sind allein vom Landesarbeitsamt Dürpreußen auf die einzelnen Berufsgruppen auf gegliedert worden. Danach entfielen 47,4 Prozent auf das Baugewerbe, 24,4 Prozent auf ungelernete Arbeiter, 13,3 Prozent auf die Landwirtschaft, 11,2 Prozent auf die Industrie der Steine und Erden und 3,7 Prozent auf die übrigen zur Sonderfürsorge zugelassenen Berufe.

Aus dem Verbandsleben

Aus der Tätigk. des Bezirks Münster im Jahre 1928

Die Tätigkeit des Bezirks im Jahre 1928 erstreckte sich neben der Tätigkeit über die Erneuerung der abgelaufenen Lohnabkommen vorwiegend auf Schulungsarbeit, Werbetätigkeit und Durchführung der bestehenden Tarifbestimmungen.

Demgemäß wurde am 3. und 4. März ein zweitägiger Unterrichtskursus für die Vorsitzenden und Kassierer der Verwaltungsstellen des Bezirks ab gehalten, in dem Vorträge über die Organisation der Jugend, die Notwendigkeit einer geordneten Klassen- und Buchführung, über die Pflege der Statistik, über den Stand der Tarifverträge, über eine wirksame Betreibung der Werbearbeit für den Verband und über das Verhalten unserer Mitglieder bei den politischen Wahlen des Jahres gehalten wurden. Der Erfolg dieses zweitägigen Kurses hat sich in wohl tuender Weise zum Segen des Verbandes in den einzelnen Verwaltungsstellen ausgewirkt, wie dieses die rege Werbetätigkeit und die geordnete Klassen- und Buchführung in den einzelnen Verwaltungsstellen beweist. Auch in der Werbetätigkeit kam uns diese Schulung zugute. Ueberall herrschte reges Verbandsleben, und wir konnten unsere Mitgliederziffer um ein erhebliches Stück vorwärts bringen.

Auch die Organisation und Aufklärung der Jugend wurde systematisch betrieben. Zunächst wurde im Frühjahr 1928 eine Jugendgruppenführerkonferenz gemeinsam mit dem Gesamtverband am 26. Februar 1928 abgehalten, der eine Sondertagung der Jugendführer unseres Verbandes am Sonnabend, dem 25. Februar, vorausging. In der Zeit vom 12. bis 20. Februar 1928 wurde eine Reihe von Vorträgen in allen Jugendgruppen des Bezirks durch den Jugendsekretär, Kollegen Leuninger bzw. den Bezirksleiter, gehalten, in welchen über praktische Arbeit in den Jugendgruppen, sowie auch über grundsätzliche Fragen der Jugendorganisation gesprochen wurde. Dann beteiligten sich sämtliche Jugendgruppen des Bezirks am Besideutschen Jugendtag in Köln, der am 16. und 17. Juni stattfand. Am 10. und 11. November 1928 fand dann wieder ein zweitägiger Kursus für die Jugendgruppenführer statt, in dem besonders die grundsätzlichen Fragen der Bewegung und speziell die Frage, warum wir uns dem christlichen Bauarbeiterverbande anschließen haben, behandelt wurden. Der Verlauf der Tagung war höchst befriedigend. Die Vorträge wurden gehalten

Am 16. März 1929 ist der elfte Wochenbeitrag für das Jahr 1929 fällig.

vom Bezirksleiter Müller und dem Jugendsekretär Leuninger. Die Wirkung dieser planmäßigen Veranstaltungen und Aufklärungsarbeit zeigt sich in einem erheblichen Anwachsen der Zahl der Jugendgruppen, sowie auch der Mitgliederziffern; haben wir doch um mehr als 200 Prozent an Mitgliedern zugenommen.

Auch in der Interessenvertretung bzw. Durchführung der Tarifvertragsbestimmungen für die Lehrlinge, wurde erheblich gearbeitet. Es mußte eine Reihe von Prozessen geführt werden, um den Unternehmern zu zeigen, daß die tariflichen Bestimmungen für Lehrlinge nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch durchgeführt werden müssen. Die Tariflöhne erfuhren in den Verwaltungsstellen und Ortsgruppen des Bezirks eine Erhöhung zwischen 7 und 14 Pf. Dabei waren alle Gruppen des Baugewerbes an den Erhöhungen beteiligt.

Die Durchführung der Tarifverträge im allgemeinen erforderte ein erhebliches Maß an Arbeit, da eine Reihe von Unternehmern und Orte innerhalb des Bezirks die Auffassung vertraten, daß sie Tarifverträge nicht innezuhalten brauchten. Die Folge war, daß eine große Anzahl von Prozessen zwecks Durchführung der tariflichen Bestimmungen geführt werden mußte.

Ebenso erforderte die Vertretung der Rechte unserer Mitglieder in der Arbeitslosenversicherung eine erhebliche Tätigkeit, da man bei einer Reihe von Arbeitsämtern offensichtlich das Bestreben hatte, die Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung für die Bauarbeiter recht ungünstig auszulegen. Alles andere ergibt sich aus der nachstehenden

Rechtsschutzfähigkeits-tabelle:

Art des Streitfalles	Ausf.	Schr.	Ter- mine	Herausge- holt. Betrag RM.
Arbeitsvertrag . . .	438	594	224	24 261,23
Betriebsrätewesen . . .	42	23	3	—
Krankenversicherung . . .	82	37	5	940,32
Unfallversicherung . . .	25	15	7	574,07
Invalidenversicherung . . .	38	10	1	176,00
Erwerbslosenfürsorge . . .	415	219	35	6 088,40
Angeklagtenversicherung . . .	1	1	1	—
Steuerangelegenheiten	283	372	3	7 027,32
Miet- und Bauan- gelegenheiten . . .	53	13	3	25,00
Militärversorgung . . .	10	5	2	499,20
Sonst. Angelegenheiten	106	44	2	217,80
Summa	1 493	1 335	286	39 809,34

Prozesse wurden geführt: 270. Davon endeten mit vollem Erfolg: 123, mit teilweisem Erfolg: 35, mit einem Vergleich: 9, ohne Erfolg: 15. Es liefen noch am Schluß des Jahres 88 Prozesse.

Den Mitgliedern wird empfohlen, gerade die vorstehende Statistik einmal eingehend zu studieren, weil diese toten Zahlen eine ungeheure Fülle von Arbeit der Angestellten des Verbandes verkörpern und sie andererseits durchschlagend beweisen, auf welchen Gebieten der Verband im Interesse seiner Mitglieder überall tätig ist. Es wird dadurch auch am besten die Auffassung widerlegt, daß der Verband lediglich eine Lohnbewegungsmaschine darstelle. Sie beweisen gleichzeitig, in welcher wirksamer Weise der Verband an der Arbeit ist, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, Not zu lindern und die dadurch entstandene Verbitterung auszuräumen. Erfast wurden von dieser Rechtsschutzfähigkeit 939 Mitglieder, somit fast 25 Prozent der Gesamtmitgliederzahl des Bezirks. Von den 39 809,34 RM., die herausgeholt wurden, entfallen allein 10 031,10 RM. auf unsere jugendlichen Mitglieder und Lehrlinge. Die herausgeholteten Geldbeträge würden aber noch viel höher sein, wenn unsere Mitglieder es sich angemöhen würden, die erzielten Erfolge sofort der Bezirksleitung mitzuteilen. Ein großer Teil aber hält dies nicht für notwendig, sobald das Geld in ihrem Besitz ist. Ebenso sind die in Versammlungen und Sitzungen erteilten Urkünde mündlicher Art in der Aufstellung nicht miteinbegriffen.

Vorstands-, Vertrauensmänner- und sonstige Sitzungen wurden 256 wahrgenommen, Mitglieder- versammlungen: 285 und Verhandlungen mit Arbeit- gebern: 70. Der Ausgang an Briefen betrug: 3452, an Karten: 1082, an Drucksachen: 15 002.

Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß der Baugewerksbund uns in seinem Bezirk Bremen nach seinem Jahrbuch 1927 ganze 675 Mitglieder als vorhanden zugest. Danach sollen wir in Osnabrück: 600, in Bremen: 8, in Delmenhorst: 10, in Lingen: 30, in Oldenburg: 10, in Zwiflingen: 10, in Segebad: 4 und in Wilhelmshaven: 3 Mitglieder besitzen. Dabei bezweifelt man, ob die 600 in Osnabrück wirklich vorhanden seien. Wir teilen dieses unseren Mit- gliedern mit, damit auch sie einmal eine vergnügte Stunde haben. In Wirklichkeit hatten wir in dem Gebiet, über das sich der Bezirk Bremen des Bau- gewerksbundes erstreckt, nicht 675, sondern 1383 Mit- glieder.

Die Bautätigkeit war im Durchschnitt, mit Aus- nahme von Rheine, im Bezirk zufriedenstellend, und sind die Aussichten für das Jahr 1929 auch in einer Reihe von Verwaltungsstellen mit „gut“ zu bezeich- nen. Gelingt es wieder, zu einem annehmbaren Reichs- tarifvertrae und zu ertdlichen Bezirksarifvertra-

gen zu gelangen, so sind auch die Voraussetzungen für eine weitere Erstarkung des Verbandes im Bezirk Münster gegeben.

Verwaltungsstelle Hagen. Die diesjährige Gene- ralversammlung der Verwaltungsstelle Hagen stand unter dem Eindruck stärkster Arbeitslosigkeit, die bis zu 95 Prozent aller Mitglieder betroffen hat. Ins- besondere in dem weiten Gebiet des Sauerlandes ist schon seit Mitte des Monats Dezember jedwede Arbeitsmöglichkeit durch den starken Frost unter- bunden. Einleitend erstattete der Kollege Golike (Hagen) den Geschäfts- und Kassenbericht. Das Jahr 1928 war wie das Jahr 1927 ein verhältnismäßig günstiges Baujahr. Frühzeitig, zum Teil schon im Monat Februar, wurde in einer Reihe von Orten mit der Bautätigkeit begonnen, wodurch eine zu starke Zu- sammendrängung der Arbeiten auf die Sommermonate vermieden wurde. Die Versammlungstätigkeit war im Berichtsjahr eine sehr rege, doch ließ der Besuch zum Teil zu wünschen übrig. Die Mitgliederentwid- lung entsprach noch nicht ganz den gehegten Er- wartungen, da die Fluktuation noch immer sehr stark ist. Es wird unser ganzes Bestreben sein, durch systematische Aufklärung diesem Uebel zu steuern. Im Berichtsjahr wurden 372 Kollegen aufgenommen. An diesem Ergebnis sind alle Ortsgruppen mit Aus- nahme der Gruppe Werddahl beteiligt. Es mangelt hier vor allen Dingen an Mitarbeitern. Der größte Nachdruck in der Agitation wurde auf Gewinnung der Lehrlinge und jugendlichen Kollegen gelegt. Der Erfolg war ohne Zweifel ein guter. In den größeren Ortsgruppen bestehen inzwischen Jugendgruppen. Diese Kollegen zu überzeugungsstrecuen, christlichen Gewerkschaftlern zu erziehen, wird unsere vornehmste Auf- gabe sein. Die Durchschnittsmittgliederzahl betrug im Berichtsjahr 650. Am Schluß des vierten Quartals waren noch 738 Mitglieder vorhanden.

Die Rechtsschutzfähigkeit im Verbands nimmt einen immer größeren Umfang an. Im Berichtsjahr wurden 114 Lohnklagen durchgeführt, die 317 Termine erforderten. Es konnten den Klägern 5650,92 RM. erstritten werden. Die gesamte Einnahme betrug im Jahre 1928 39 576,21 RM. und ist damit um 35 Prozent höher als im Vorjahre.

Mit größter Aufmerksamkeit folgten die Dele- gierten den Ausführungen des Bezirksleiters, Kol- legen Koch (Bochum). Er kennzeichnete die Lohn- und Tarifabschlüsse der letzten Jahre als unbestreitbare Erfolge der Lohn- und Tarifpolitik unseres Verbandes. Im Westen unseres Verbandsgebietes tritt der Druck der Schwerindustrie in sehr starkem Maße hemmend in Erscheinung. Es ist daher insbesondere in diesem Gebiet eine starke, nach christlichen Grundsätzen orientierte Arbeiterchaft eine absolute Notwendigkeit. Kollege Koch streifte noch kurz die kommenden Verhandlungen zwecks Abschlußes eines neuen Reichs- und Bezirksarifvertrages und schloß mit einem ein- dringlichen Appell an die Delegierten, im kommenden Baujahr alles zu tun, was der Stärkung des Zen- tralverbandes christlicher Bauarbeiter diene. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. — Die wieder in ihre Orts- gruppen zurückkehrenden Kollegen gaben das Ver- sprechen, die christliche Arbeiterbewegung nach Kräften auszubauen und wie in den vergangenen Jahren tätig zu sein.

Ortsgruppe Dortmund. (Maurer und Bau- hilfsarbeiter.) Am 15. Februar fand unsere letzte Mitgliederversammlung statt. Kollege Men- gelkamp hielt einen Vortrag über die Invalidenver- sicherung. Er gab einen Rückblick über die Entwicklung der Invalidenversicherung bis zum heutigen Tage. Er bemängelte das System des Umlageverfahrens, das bei Wirtschaftsschwankungen die Versicherung ge- fährde. Zu fordern sei vor allem die Schaffung eines starken Reservefonds. Je besser fundiert die Invaliden- versicherung sei, desto besser könne sie ihrer Haupt- aufgabe genügen, die Versicherten durch Heilverfahren arbeitsfähig zu erhalten und die Lebensdauer zu erhöhen. — In der Aussprache gab Kollege Petri noch einen Ueberblick über die Einnahmen und Aus- gaben im Jahre 1928. Er sprach dann noch weiter über die Versammlungsarbeit im Winter. Die Ver- sammlungsabende müßten in Schulungsabende ungewandelt werden, damit die Kollegen sich auch vor allem sozialpolitisch weiterbilden könnten. Kollege Mangelkamp hat zum Schluß die Kollegen, mit der dauernden niederreichenden Kritik aufzuhören. In positiver Mitarbeit sollten alle bestrebt sein, den Verband zu stärken und dadurch der Sache der Ge- samtarbeiterchaft zu dienen. A. Diermann.

Schweinsberg. Am 17. Februar hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre diesjährige Generalversamm- lung ab. Aus den der Verwaltungsstelle angeschlosse- nen Nachbarorten Erfurtshausen und Rüdighelm waren die Kollegen zahlreich erschienen. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom vergangenen Jahr bekannt, der die volle Zufriedenheit der anwesenden Kollegen fand. Die Verwaltungsstelle hat in dem Kollegen Mann einen pflichtbewußten Kassierer, an dem sich mancher Kollege ein Beispiel nehmen dürfte. Was die Mitgliederbewegung angeht, so haben sich die Rüdighelmer Kollegen, die zum Teil in Niederklein und Amöneburg angeschlossen waren, reiflich wieder unse- rer Verwaltungsstelle angeschlossen. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 44, und wir wollen hoffen, daß sich dieselbe noch vermehren möge. Die Vor- standswahl ergab als ersten Vorsitzenden Franz Anton Mangel von Erfurtshausen, als Kassierer Georg Mann von Schweinsberg, und als Schriftführer Georg Biecker von Rüdighelm.

Ortsgruppe Sätzen-Dortmund. Zu unserer Ver- sammlung am 23. Februar waren die Kollegen zahl- reich erschienen. Der Vorsitzende, Kollege Friß, er- öffnete die Versammlung und forderte zunächst die

anwesenden Mitglieder, im Hinblick auf den Volkstrauertag, auf zum Gedächtnis ihrer gefallenen Kollegen sich von ihren Vätern zu erheben. Sodann wies Kollege F r i z darauf hin, daß in diesem Jahre unsere Ortsgruppe auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken kann. Seine weiteren Ausführungen gaben Zeugnis von dem gewerkschaftlichen Eifer und Opfermut der Kollegen in der Gründungszeit. Nur so war es möglich, sich durchzusetzen im Kampfe gegenüber den Genossen auf der einen, dem Unternehmertum auf der anderen Seite. Hervorgehoben zu werden verdient noch, daß Kollege F r i z bei der Gründung der Ortsgruppe mit in erster Reihe gestanden hat und heute ihr noch als Vorsitzender vorsteht. Der Referent, Kollege S t r e i c h e r, Dortmund, ergänzte die Ausführungen des Vorredners und nahm sodann zu den Wünschen und Forderungen der Bauarbeiter bei den schwebenden Tarifvertragsverhandlungen Stellung. Er hob hervor, daß, nachdem man in diesem Winter durch die Arbeitslosenversicherung die Bauarbeiter als Saisonarbeiter gestempelt habe, dies bei den Lohnverhandlungen auch entsprechend gewürdigt werden müsse. Sein Vortrag klang unter Hinweis auf andere Verufe in den Wunsch aus, daß die Bauarbeiter endlich bald lernen möchten, sich restlos zu organisieren, um so ihre Interessen wirksamer vertreten zu können. Nach beendeter Aussprache wurde beschlossen, die 25. Wiederkehr des Gründungstages unserer Ortsgruppe festlich zu begehen. Durch Zuruf wurde eine Kommission gebildet und mit den näheren Vorbereitungen hierzu beauftragt.

Schönbrun. Am Sonntag, den 24. Februar, versammelten sich einige Bauarbeiter im Lokale des Herrn Schindler und gründeten eine Ortsgruppe, zu welcher sieben Mitglieder ihren Beitritt erklärten. Als Vertrauensmann und Kassierer wurde der Kollege J o s e f W i l h b e a u t r a g t. Kollege K o l z i n n (Wailaf) sprach über den Zweck der Gewerkschaft, über die wirtschaftliche Lage und über die Regelung der Sonderfürsorge. Wir wünschen der jungen Ortsgruppe eine gute Entwicklung und Zukunft.

Zahlstelle Sodingen. Unsere Generalversammlung am 26. Februar war verhältnismäßig gut besucht. Nach dem vom Kollegen B o o r w o l d gegebenen Jahresbericht hatten wir zu Beginn des verfloffenen Jahres 155 Mitglieder, die höchste Ziffer im Laufe des Jahres war 179 und heute ist der Mitgliederstand 75. Der Jahreskostenbericht ergab eine Gesamteinnahme von 5466,47 RM. Davon gingen 4661 RM. an die Hauptkasse, für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wurden 343,30 RM., für Porto und Spesen 88,73 RM., für Hauskassierung 373,96 RM. ausgegeben. Bezüglich der Portoausgaben sei mir eine Anregung gestattet, die sicher alle Ortskassierer interessieren wird, nämlich Einrichtung von Postfachkonten in den Verwaltungsstellen. Wir hätten hier im verfloffenen Jahre durch Postfachverkehr annähernd 20 RM. gespart, also in einer Zahlstelle. Auf das ganze Reich zusammengerechnet, ergäbe sich ein ganz nettes Stümchen.

Unser Lokalbeamter, Kollege A r t m a n n, war am Erscheinen verhindert. Trotzdem nahm die Versammlung einen guten Verlauf. Es wurden verschiedene Anregungen gegeben, die eine lebhaftere Debatte auslösten. So wurden u. a. die Fragen angeschnitten, wie die Anorganisierten zu gewinnen seien. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen: B o o r w o l d, 1. Vorsitzender; K o s n e r, 1. Schriftführer; M ü l l e r, 1. Kassierer; ferner die Kollegen: S e u f e r t, S l a h n, K a i s e r, P l a t e, A r e n d. Die nunmehr ständige Beilage in der „Baugewerkschaft“ wird von allen Kollegen freudig begrüßt, besonders unsere Frauen erwarten mit Spannung das „Blatt der Frau“. Unsere nächste Versammlung findet Mittwoch, den 27. März, statt. S. M.

Ortsgruppe Eschdellen. Eine schöne Mitgliederversammlung fand am 28. Februar im Lokale Joseph Böring statt. In der Versammlung war von der Verwaltungsstelle Kollege B u s k a m p erschienen. Der Vorsitzende, K a m p l i n g, eröffnete die gut besuchte Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten an die Erschienenen. Er sprach kurz über unser zukünftiges 25jähriges Stiftungsfest. Um der Lokalkasse keine Beschwerden zu machen, wurde ein Lokalzuschlag von 10 Pf. beschlossen. Kollege B u s k a m p hielt ein Referat über Tarifverhandlungen und Steuerwesen, woran sich eine lebhaftere Diskussion anschloß. Hierauf wurde die sehr gut besuchte Versammlung mit dem Versprechen, auch weiterhin so zahlreich zu erscheinen, vom Vorsitzenden geschlossen. D. M.

Verwaltungsstelle Berlin. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am 1. März im Saal Rowotnitz, Langestraße 20, ihre diesjährige Generalversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende der Verwaltungsstelle die zahlreich erschienenen Kollegen begrüßt und der Schriftführer das Protokoll der Generalversammlung 1928 verlesen hatte, erhielt der Lokalfunktionär, Kollege B e b e r, das Wort zu seinem Geschäfts- und Kassierenbericht. Er führte u. a. folgendes an:

Das Jahr 1928 hat ausfallend viele wirtschaftliche Rückschläge, sowie Ausperrungen und Streiks zu verzeichnen. So u. a. im Fertilgewerbe, im Bergbau und nicht minder in der Eisenindustrie. Im Berggewerbe dagegen sind auf Grund des Reichstarifvertrages verhältnismäßig wenig Kämpfe vorgekommen. Wohl hatten wir im Berliner Baugewerbe im verfloffenen Jahre gelegentlich der Lohnbewegung im September einzelne Teilerlöse, die von gewisser unternehmerischer Seite injiziert wurden, aber auf das Gesamtergebnis der Lohnverhandlungen hatten sie wenig Einfluß. Die Beschäftigungsmöglichkeiten waren verhältnismäßig gut. Sie sind besonders zurückzuführen auf die große Zahl von Umbauten, die Er-

richtung von Bohrungs- und Siedlungsbauten, sowie Untergrundbahnbauten. — Die Mitgliederbewegung und Klassenverhältnisse sind als gut zu bezeichnen. Die Verwaltungsstelle hat im verfloffenen Jahre ihre Mitgliederzahl bedeutend erhöhen können. Demzufolge haben sich auch die Einnahmen zum Vorteil der Haupt- und Lokalkasse verbessert. — Auch die zahlreichen gut besuchten Versammlungen zeigen deutlich, daß eine rege gewerkschaftliche Betätigung herrscht. — Auf dem Gebiete der Rechtshilfebetätigung konnte die Ortsverwaltung nennenswerte Erfolge für die Mitglieder erzielen. — Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß die Ortsverwaltung Berlin im letzten Jahre am Abschluß von zwei Tarifverträgen beteiligt war, bei denen sie bisher nicht Tarifträger war. Zurecht sind seitens der Arbeitgeber die Astfordtarifverträge für die Maurer und Steinträger gekündigt worden. Die Verhandlungen zwecks Neuabschlusses der genannten Verträge werden demnächst beginnen. Weiterhin ist der Tarif für das Pfiesenlegergewerbe seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gekündigt worden, und steht der Neuabschluß baldigst bevor. Auf Grund der Kündigung des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe läuft auch am 31. März d. J. der Bezirkstarifvertrag ab. Besonders zu erwähnen ist, daß demnächst die Verhandlungen zwecks Neuabschlusses eines Tarifvertrages für die Herstellung von Steineisenbedecken beginnen. — Am Schlusse der Ausführungen machte der Referent noch auf die Jugendarbeit in der Ortsverwaltung aufmerksam und bat die älteren Kollegen, auch weiterhin um unsere Jugend besorgt zu sein. Auch auf den Bezug unserer Tageszeitung „Der Deutsche“ wurde eindringlich hingewiesen. Alles in allem kann festgestellt werden, daß die Ortsverwaltung alles getan hat, was im Interesse der Mitgliedschaft erforderlich war. — In der Aussprache wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß der Aufstieg der Bauarbeiterschaft die Mitarbeit jedes einzelnen zur Voraussetzung hat. Zur Ehrung der im verfloffenen Jahre verstorbenen Kollegen M. P o t j a c h e s und A u g u s t D u d w i g e r h o b e n s i c h d i e K o l l e g e n v o n i h r e n P l ä z e n.

Die Vorstandswahl brachte einstimmig den alten Vorstand wieder. Es wurden gewählt: J o s e f C h r i s t o p h, 1. Vorsitzender, M o i s S t ü r m e r, 2. Vorsitzender, E w a l d W e b e r, 1. Kassierer, L e o P a e c h, 2. Kassierer, A l b a r t M i e l e r t, 1. Schriftführer, P a u l S i e t s c h, 2. Schriftführer, G e o r g Z a r e w s k i als Beisitzer. Kassierenvereine sind: A u g u s t F r u m s, P a u l B e g o l l und P a u l B r u n k e. Sodann wurden noch die Kartelldelegierten, die Türkontrolle und eine Beschwerdefunktion gewählt.

Unter Punkt Verschiedenes machte Kollege W e b e r noch auf die Bürozeit aufmerksam. Die Bürostunden sind wie folgt festgesetzt: Montags und Mittwochs von 9-1/2 Uhr und von 3-6 Uhr, Freitags und Sonnabends von 9-1/2 Uhr und von 3-5 Uhr. Dienstags und Donnerstags ist das Büro geschlossen. Die Kollegen werden gebeten, darauf zu achten. — Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung findet weiterhin nur Mittwoch und Freitag vormittag statt. — Die Verwaltungsstellenversammlungen finden nun noch einmal im Quartal, dagegen die Zahlstellen- und Berufsversammlungen jeden Monat statt.

Am Schlusse forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, auch weiterhin getreu ihre Verbandspflichten zu erfüllen.

Verwaltungsstelle Mörs. (Jahresbericht.) Das Jahr 1928 hat unsere Erwartungen nicht ganz erfüllt. Die private Bautätigkeit setzte reichlich spät ein. Nur in Rheinhausen war das ganze Jahr hindurch eine gute Bautätigkeit zu verzeichnen. In Mörs und Homberg war sie sehr gering, was aber durch einige größere Industrieanlagen ausgeglichen wurde. Die Wohnungsnot hat sich durch die geringe Bautätigkeit noch vergrößert. In Mörs waren (bei 28 000 Einwohnern) im Jahre 1927 538 Wohnungssuchende, im Jahre 1928 — 713, also ein Mehr von 175. Verlangt wurden 211 Zweizimmerwohnungen, 288 Dreizimmerwohnungen, 160 Vierzimmerwohnungen und 54 Fünf- und Mehrzimmerwohnungen. Es ist demnach die breite Masse der Arbeiterschaft, welche unter der Wohnungsnot am meisten zu leiden hat. In einem Zimmer wohnen in Mörs noch etwa 70 Familien mit einem oder mehr Kindern. Fast genau so trostlos liegen die Wohnungsverhältnisse in Homberg und Rheinhausen. — Die Aussichten für dieses Jahr sind noch recht unklar. Lediglich Rheinhausen hat schon größere Arbeiten projektiert und will auch in diesem Jahre der Wohnungsnot energisch zu Leibe gehen.

Die Mitgliederzahl hat sich trotz der ungenügenden Bautätigkeit gesteigert und gesteigt. Durch Neuaufnahmen und Uebertritte aus anderen Verbänden wurden im Berichtsjahre 635 Mitglieder gewonnen. Dazu kommen noch eine Anzahl Lehrlinge und Jugendliche, welche unsere Jugendabteilung verstärken. Als besondere Anerkennung ihrer Werbetätigkeit erhielten 22 Kollegen eine goldene bzw. silberne Werbenadel.

Die Einnahme betrug ohne Klassenbestand vom Jahre 1927 insgesamt 42 749,20 RM., davon für die Hauptkasse 28 566,78 RM. und für die Lokalkasse 14 182,42 RM. Letztere hatte eine Ausgabe von 11 590,73 RM. und einen Klassenbestand am 1. Januar d. J. von 4917,55 RM.

Die Zahl der abgegebenen beitragsfreien Marken war mit 5897 Stück immer noch viel zu hoch. Es muß die Aufgabe aller Ortsgruppenkassierer und Hauskassierer sein, in diesem Jahre streng darauf zu achten, daß Arbeitslosenmarken nur an solche Kollegen abgegeben werden, die sich entsprechend ausweisen.

Die Rechtshilfebetätigung war sehr umfangreich. Abgesehen von den vielen mündlich erteilten Auskünften, wurden noch in 85 Fällen Klagen bei den Sachlichungskommissionen, Arbeitsgerichten, beim Arbeitsamt und Versicherungsamt vertreten und größtenteils mit Erfolg durchgeführt. Der Barerfolg beträgt 3838,77 RM.

Diese Zahlen beweisen, daß die Tätigkeit der Ungehebelten recht vielseitig und erfolgreich war. Unsere Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und Baudelegierten haben wacker und fleißig mitgearbeitet. Hierfür sprechen wir allen auch an dieser Stelle unseren innigsten Dank aus.

In diesem Jahre feiert unsere Verwaltungsstelle ihr 25jähriges Jubiläum. Mögen alle Kollegen auch in diesem Jahre mit derselben Begeisterung für unsere gute Sache arbeiten und werben, dann werden wir noch mehr wie bisher für das Recht der Kollegen streiten und erfolgreich wirken können.

Am Sonntag, den 3. März, fand unsere Jahresgeneralversammlung in Mörs im Gewerkschaftshaus statt. Der Vorsitzende, Kollege Z e i s n e r, gedachte der im Jahre verstorbenen vier Kollegen und widmete ihnen warme Worte der Anerkennung. Der Kassierer, Kollege P e i l, erstattete den Jahres- und Klassenbericht, welcher, wie oben gezeigt, ein einigermaßen zufriedenstellendes Ergebnis zeigt. Die Vorstandswahl ergab, daß der alte Vorstand per Akklamation restlos wiedergewählt wurde. Der Bezirksleiter, Kollege K o c h, gab uns noch einen Bericht über die Entwicklung unseres Verbandes in den letzten Jahren im Bezirk und einen weiteren Bericht über den Stand der Reichstarifverhandlungen. Beide Vorträge wurden von den Kollegen mit großem Interesse entgegengenommen. Der Vorstand dankte allen Kollegen für ihre treue Mitarbeit im verfloffenen Jahre und schloß die schön verlaufene Versammlung mit dem Wunsche, nicht eher zu ruhen, bis der letzte unorganisierte Bauarbeiter unserem Verbande zugeführt ist. P e i l.

Briefkasten der Redaktion

J. Schw., Gladbeck. Es dürfte sich um den Leiter des Reichsfunkdienstes im Reichspostministerium, Bredow, handeln. Ein anderer Name ist uns nicht bekannt.

Sterbetafel

Unser Mitglied Paul Henseler, Maurer aus Godesberg-Friesdorf, starb am 21. Februar, 19 Jahre alt, an Lungenerkrankung. Trotz seiner Jugend hat er sich stets für die Interessen des Verbandes eingesetzt.

Verwaltungsstelle Bonn.
Infolge Schlaganfalls starb unser treuer Kollege Heinrich Kramer im Alter von 44 Jahren. Der Verstorbene, welcher schwer an den Kriegsfolgen litt, hinterläßt Frau und fünf Kinder.
Ortsgruppe Dortmund-Mengede.
Ehre ihrem Andenken!

Gesucht:

Zwei energische, im Bruchsteinmauerwerk erfahrene Mauerpoliere zur Führung einer Astfordkolonne von 50 Mauern.
Diese sollen eventuell bei der Aufstellung dieser Kolonnen mitwirken.

Baunternehmung f. d. Talsperre
Lehnmühle, Post Frauenstein i. G.

Wer probt, lobt „Wanderlust“

die Garantieware
Echt Leatholz-Wasserwaagen mit Messingplatte und Messingringen, genau ausgelotet.
Holz aus alten Schiffen, daher beste Ware.
Mit billigerer Ware nicht zu vergleichen.
Bei Abnahme von 6 Stück portofrei.
Bei Abnahme von 12 Stück eine gratis.

25	50	60	70	75	80
2,40	2,80	3,-	3,40	3,60	3,70
90 100 cm					
3,90 4,10					
1a handgeschmiedete Mauerzellen, beste Stahlware.					
180	200	210	220	230	240 mm
1,85	1,90	1,95	2,05	2,10	2,15 dünne
1,95	2,-	2,15	2,20	2,25	2,30 starke
1a Bugzellen (viertant) beste Stahlware					
180	200	220 mm			
1,50 1,55 1,65					

Was nicht gefällt, wird zurückgenommen.
Alle anderen Garantie-Werkzeuge für Maurer, Stal-lature, Plattenleger und Ofenseher laut Liste billigst.
G. Rask & Sohn, Remscheid, Wilhelmstr. 34.

